

## Tu Felix Austria – ein letztes Mal?

Davon gekommen. Schon wieder. Kollektives Aufatmen in Europa. Kein Rechtspopulist an einem Schalthebel des Staates Österreich. Glück gehabt. Ein letztes Mal?

Denn zu beachten bleibt, dass van der Bellen viel Glück und Norbert Hofer viel Pech in diesem Bundespräsidentenwahlkampf hatte. Der Kanzlerwechsel und die Regierungsumbildung eine Woche vor der Stichwahl haben van der Bellen wohl genauso geholfen wie der Blick der Wähler nach Polen oder ins Nachbarland Ungarn und die damit einhergehende Angst, dass ein blauer Bundespräsident der Beginn einer "Orbanisierung" Österreichs bedeuten würde. Norbert Hofer hat wohl gerade mit seiner Aussage "Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist" viele unentschiedene Wähler an seinen grünen Konkurrenten verloren. Gleichzeitig befürchteten viele Österreicher, dass ein Wahlsieg Hofers nur der Beginn einer "blauen" Republik sein und schon bald der FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache im Bundeskanzleramt am Ballhausplatz residieren würde. All das spielte in van der Bellens Hände.

### VERTAGUNG DER BLAUEN REPUBLIK AUF 2018?

Die nächste Nationalratswahl steht (sollte es nicht schon vorher Neuwahlen geben) im Herbst 2018 an. Es gibt derzeit nur wenige Gründe, daran zu zweifeln, dass der Bundeskanzler danach dennoch Heinz-Christian Strache heißen wird. Die FPÖ liegt stabil zwischen 30 und 35 Prozent und damit deutlich vor SPÖ und ÖVP. Während die SPÖ noch mit ihrer Haltung zur FPÖ kämpft, hätte die ÖVP wohl wenige Probleme, auch als Juniorpartner in eine blau-schwarze Regierung einzutreten. Auch weil die ÖVP viele gute Erinnerungen an die letzte Koalition mit der FPÖ bzw. deren Haider-Abspaltung BZÖ hat. Zum einen war es (unter ÖVP-Bundeskanzler, aber FPÖ-Stimmmehrheit) gelungen, den Koalitionspartner innerhalb weniger Jahre so auflaufen zu lassen, dass man sich die vielen FPÖ-Wähler wieder einsammeln konnte, zum anderen weil die letzten Reformen in Österreich, die diesen Namen verdienen, unter eben dieser schwarz-blauen Regierung stattfanden. Da vergisst man gerne, dass die österreichischen Gerichte noch heute mit der juristischen Aufarbeitung der politischen und wirtschaftlichen Skandale aus der damaligen Zeit beschäftigt sind.

Obwohl die islamkritische Haltung mittlerweile das Zentrum der FPÖ-Programmatik bildet, schafft sie es durchaus erfolgreich, den meisten Wählergruppen einen Wahlanreiz zu bieten. Allen verspricht sie mehr Sicherheit, den Erhalt des Sozialstaates und niedrigere Steuern, Unternehmern und Selbständigen verspricht sie eine Liberalisierung und Entbürokratisierung, Rentnern höhere Renten, Gastronomen die Nicht-

Einführung des Rauchverbots, etc, etc. Dieser Gemischtwarenladen in Verbindung einer Heroisierung der "guten, alten Zeit" und einer hochprofessionellen und erfolgreichen Öffentlichkeitsarbeit, die sich auch die AfD in Deutschland zum Vorbild genommen hat, trägt zum großen Erfolg der FPÖ bei. Addiert man dazu die Enttäuschung über die Große Koalition in Österreich, lassen sich die hohen Umfragewerte einfach erklären.

## DIE EWIGE GROSSE KOALITION HAT AUSGEDIENT

Denn die FPÖ-Siege sind auch ein hausgemachtes Problem der beiden Großparteien. Bräsig, selbstzufrieden und ohne jegliche Ambitionen saßen und sitzen die Vertreter von SPÖ und ÖVP auf Ihren gut bezahlten Posten in Nationalrat und Bundesregierung, den Bundesländern, den vielen staatlichen Unternehmen oder den Sozialpartnern. Für Außenstehende bleibt die Aufteilung des Staates in die sogenannten roten und schwarzen "Reichshälften" schwierig begreifbar. Es gibt rote Gewerkschaften und schwarze Gewerkschaften, es gibt schwarze Banken und SPÖ-nahe Finanzdienstleister. In einen Wettbewerb um die besten politischen Ideen muss man selten eintreten, weil eine der beiden Parteien in den einzelnen Bundesländern meistens unangefochten regiert. Genauso wie Wien und das Burgenland seit Menschengedenken von der SPÖ regiert werden während die ÖVP praktisch keine Rolle spielt, gilt die selbe Ausgangslage umgekehrt z.B. für Niederösterreich, Tirol oder Vorarlberg. In einem solchen Klima bleibt wenig Platz für Innovationen und politischen Wettbewerb, der auch ÖVP oder SPÖ beleben könnte. Als es im vergangenen Herbst bei der Wien-Wahl knapp zu werden drohte und die FPÖ sich auf dem besten Weg zur stärksten Kraft in Wien befand, rief der SPÖ-Bürgermeister den "Kampf um Wien" aus. Die Kampagne war erfolgreich. Aus Angst vor einem Bürgermeister Strache konnte die SPÖ in einem polarisierte Wahlkampf viele Stimmen von Grünen, Liberalen und auch Nichtwähler einsammeln und kam mit einem komfortablen Vorsprung ins Ziel. Wer jedoch glaubte, dass die Regierung diesen Schuss vor den Bug gehört hätte, lag falsch. Es wurde einmal tief durchgeatmet, sich selbst auf die Schultern geklopft und weitergewurstelt wie bisher. Reformen wurden begonnen und in Koalitionsarbeitskreisen versenkt nachdem sich die Partner wochenlang über die Medien gestritten hatten. Nachdem man im Sommer und Herbst des vergangenen Jahres noch den deutschen Kurs in der Flüchtlingspolitik mitgetragen hatte, schwenkte man aus Angst vor Wahlerfolgen der FPÖ von heute auf morgen auf eine entgegengesetzte Linie ein, verschärfte Gesetze, hohlte das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit aus und garnierte diese Politik mit möglichst harten Aussagen. Die Wähler jedoch fielen auf dieses Manöver nicht hinein und wählten trotzdem mehr denn je die FPÖ. Sehenden Auges schmissen die beiden Großkoalitionäre ausgerechnet die Eigenschaft über die Bord, die sie im Auge der meisten ihrer Wähler am ehesten auszeichnete:

Stabilität und berechenbares Regierungshandeln wurde in der Panik durch erratische Übersprungshandlungen ersetzt.

Erst das katastrophale Abschneiden bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen führte zum nötigen (personellen) Umbruch. SPÖ-Chef und Bundeskanzler Werner Faymann, der die vergangenen sieben Jahre weniger mit Regieren und mehr mit der Zufriedenstellung aller innerparteilichen Interessensgruppen zugebracht hatte, wurde auf der Maikundgebung in Wien von der eigenen Basis niedergepfeifen. Danach entwickelte sich eine Eigendynamik und sieben Tage später war Faymann Geschichte.

## FEEL THE KERN?

Mit dem bisherigen ÖBB-Chef Christian Kern hat die SPÖ nun einen neuen Hoffnungsträger als Bundeskanzler und Parteichef gefunden. Vorsichtiger Optimismus scheint angebracht. Die Probleme Österreichs verschwinden jedoch nicht von heute auf morgen. Die Arbeitslosigkeit bleibt hoch, der Wirtschaft fehlt jede Dynamik, die Staatsquote klettert weiter, Visionen für die Zukunft des Landes fehlen. Dabei sind die Grundlagen für eine prosperierende Entwicklung mehr als vorhanden: ein gute ausgebildete Bevölkerung, eine diversifizierte Wirtschaft, Wien als Hub nach Osteuropa und auf den Balkan.

Darüber hinaus müssen die Probleme in der Struktur des politischen Systems angegangen werden. Innerparteiliche Demokratie ist in Österreich weitgehend unbekannt. Der Föderalismus in Österreich krankt an einer unübersichtlichen Aufsplitterung der Kompetenzen, sodass bei Fehlern und Skandalen mit dem Finger auf die jeweils andere Ebene gezeigt werden kann, anstatt Verantwortung übernehmen zu müssen. Obwohl die Kompetenzen der Länder im Großen und Ganzen vergleichbar mit denen eines deutschen Landkreises sind, ist die Bundesregierung häufig nur Befehlsempfänger der Landesfürsten. Auf Deutschland übertragen würde dies 16 Ministerpräsidenten mit dem Selbst- und Sendungsbewusstsein eines Horst Seehofers bedeuten. Man kann sich vorstellen, dass geordnetes und stringentes Regierungshandeln so kaum möglich ist.

Hier wird es die Aufgabe der neuen Bundesregierung sein, in der verbleibenden Zeit zur nächsten Wahl die Rahmenbedingungen für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung zu setzen. Es dürfte – und da sind sich ausnahmsweise alle einig – die letzte Chance sein, die FPÖ von der Macht in Österreich fernzuhalten.